Bebauungsplan Nr. W 19 Teil A

1. Planzeichnung und Textteil

0m 50m 100m

Maßstab: 1:2.000

Kartengrundlage:
Digitale Stadtkarte Mainz, Stand 28.03.2017

A. Planzeichnung

Lärmpegelbereich

LPB I	LPB IV
LPB II	LPB V
LPB III	LPB VI

A. Zeichenerklärung

1. Zeichnerische Festsetzungen

1.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO)

- Allgemeines Wohngebiet (WA) (§ 4 BauNVO)
- WA 1 — Allgemeines Wohngebiet WA 1 (§§ 1, 4 BauNVO)
- WA 2 — Allgemeines Wohngebiet WA 2 (§§ 1, 4 BauNVO)

1.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m §§ 16 ff BauNVO)

- 0,4 — Grundflächenzahl (GRZ) als Obergrenze (§ 19 BauNVO)
- 1,2 — Geschossflächenzahl (GFZ) als Obergrenze (§ 19 BauNVO)
- Z — Zahl der Vollgeschosse zwingend (§ 20 BauNVO)
- II-III — Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstmaß (§ 20 BauNVO)
- II — Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß (§ 20 BauNVO)
- WH — maximal zulässige Wandhöhe in m über dem unteren Bezugspunkt innerhalb jeweiliger überbaubarer Grundstücksflächen (§ 18 BauNVO)
- ED — Höchstens DK Straßenachse (nach Ausbau) in m ü.NN
- E — Zuordnung Baufeld zu Höhenkote

1.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche sowie die Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 und 23 BauNVO)

- o — offene Bauweise
- E — offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig
- ED — offene Bauweise, nur Doppelhäuser zulässig
- a — abweichende Bauweise
- Baugrenze
- Firstrichtung

2. Sonstige zeichnerische Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung, der Bauweise und/oder der Dachform

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	
GRZ	GFZ
Zahl der Vollgeschosse	max. zulässige Wandhöhe
Bauweise	Dachform und -neigung

- FD — Bereiche ohne Einfahrt
- Flachdach
- SD — Satteldach
- WD — Walmdach

Umgrenzung von Flächen für Stellplätze, Tiefgaragen und Carports (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

- St — Fläche für Stellplätze
- TGa — Flächen für Tiefgaragen
- CP — Flächen für Carports

Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

- Straßenbegrenzungslinie
- öffentliche Straßenverkehrsfläche
- öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
- Zweckbestimmung Quartiersplatz (Pflasterfläche mit integrierter Straße in weicher Trennung, s.E. als Mischverkehr)
- Zweckbestimmung Fuß- und Radweg

Fläche für Versorgungsanlagen und Abfallbeseitigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 und Nr. 14 BauGB)

- Zweckbestimmung Elektrizität
- Zweckbestimmung Fernwärme

Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- öffentliche Grünfläche
- Zweckbestimmung Parkanlage
- Zweckbestimmung Spielplatz

Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

- Baumpflanzung, Standortbindung
- Fläche für Neupflanzung von Gehölzen

Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

- zwingend zu erhaltender Baum
- zu fällender Baum
- Baum von stadtbildbedeutsamer Wertigkeit
- Flächen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
- V4 — Fläche mit Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB). Nummerierung gemäß textlicher Festsetzung.

3. Sonstige Planzeichen, zeichnerische Hinweise und nachrichtliche Übernahme

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des „Gartenvorgebiet Am Alten Manor"
- Baufläche/bezeichnung
- bestehende Bebauung mit Gebäudenummer, Erhalt möglich
- bestehende Bebauung mit Gebäudenummer, Abbruch möglich
- bestehende Grundstücksgrenzen
- mögliche Grundstücksgrenzen
- 3960 — Flurstücksnummer
- Baumbestand, Darstellung der Baumkrone
- mögliche Aufteilung von Verkehrsflächen und mögliche Wegeführung in Grünflächen
- mögliche/r Standort Bushaltestelle
- mögliche/r Standort Wertstoffcontainer
- Kontaminationsverdachtsflächen mit Nummer
- Straßennamen

B. Textliche Festsetzungen

1. Bestandteile des Bebauungsplans

1.1. Der Bebauungsplan Nr. W 19 besteht aus:

Teil A: 1. Planzeichnung und Textteil vom 29.12.2017, geändert/ergänzt am 22.01.2018, zuletzt redaktionell geändert am 23.03.2018.
2. Plan zur Sicherung der Ver- und Entsorgungsleitungen vom 29.12.2017, geändert/ergänzt am 23.01.2018, zuletzt redaktionell geändert am 23.03.2018.

Teil B: Begründung vom 29.12.2017, geändert/ergänzt am 22.01.2018, zuletzt redaktionell geändert am 23.03.2018.
Teil C: Umweltbericht vom 29.12.2017, zuletzt redaktionell geändert am 23.03.2018.

1.2. Räumlicher Geltungsbereich
Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ergibt sich aus der Planzeichnung.

2. Planungsrechtliche Festsetzungen
§ 9 Abs. 1 BauGB

2.1. Art der baulichen Nutzung
§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 4 BauNVO
Der in der Planung mit „WA" bezeichnete Bereich wird nach § 4 BauNVO als „allgemeines Wohngebiet" festgesetzt.

2.1.1 In allgemeinen Wohngebieten WA 1 sind zulässig:
- Wohngebäude,
- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
- Anlagen für Verwaltungen.

Unzulässig sind:
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.

2.1.2 In den allgemeinen Wohngebieten WA 2 sind zulässig:
- Wohngebäude,
- die Versorgung des Gebiets dienende Läden sowie Schank- und Speisewirtschaften,
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Ausnahmsweise können zugelassen werden:
- die Versorgung des Gebiets dienende nicht störende Handwerksbetriebe,
- sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.

Unzulässig sind:
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Anlagen für Verwaltungen,
- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen.

2.1.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche sowie die Stellung baulicher Anlagen
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22 und 23 BauNVO

- o — offene Bauweise
- E — offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig
- ED — offene Bauweise, nur Doppelhäuser zulässig
- a — abweichende Bauweise

Baugrenze

Firstrichtung

2.2. Maß der baulichen Nutzung
§ 9 Abs. 1 BauGB i. V. m §§ 16, 18, 19 u. 20 BauNVO
Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 BauNVO, die Geschossflächenzahl (GFZ) gemäß § 20 BauNVO, die Zahl der Vollgeschosse gemäß § 20 BauNVO und die Höhe baulicher Anlagen gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO i. V. m. § 18 BauNVO bestimmt.
Nutzung ist in den Baugebieten die zulässige Grundfläche, die mit Gebäuden überdeckt werden darf.
§ 19 Abs. 1 und 2 und Abs. 4 BauNVO sowie § 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO
Die Ermittlung der zulässigen Grundfläche als auch Geschossflächenzahl hinzuzurechnen (St-Fläche 1 als BauGB 1, St-Fläche 2a dem BauGB 2 usw.).

2.2.1 Die Grundflächenzahl (GRZ) wird als Höchstmaß festgesetzt.

2.2.2 Die Geschossflächenzahl (GFZ) wird als Höchstmaß festgesetzt.

2.2.3 Die Zahl der Vollgeschosse wird gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3 Nr. 2 BauNVO als Höchstmaß, als Mindestmaß und zwingend festgesetzt.

2.2.4 Die höchst zulässige Anlagen wird gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 4, Abs. 4 Nr. 2 und Abs. 4 BauNVO i. V. m. § 18 BauNVO als Höchstmaß festgesetzt.
Als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage (WH) wird zwischen dem unteren und dem oberen Bezugspunkt der Gebäudeoberkante gemessen.
Als unterer Bezugspunkt gilt die Höhe, die durch die im zugewiesenen Bezugspunkt der Straßenachse (Straßenmitte) festgesetzte Höhenkote, für die Oberkante Rohfußboden Erdgeschoss (OK RFB EG) in m. ü. NN. Die festgesetzte Höhenkote für das Höhenniveau OK RFB EG darf maximal um 0,30 m über oder unter dieser Höhenkote für das festgesetzte Höhenniveau für das Höhenniveau OK RFB EG ist unter Einhaltung der festgesetzten Wandhöhen zulässig.
Als oberer Bezugspunkt gilt der höchste Punkt der Dachhaut, gemessen an den Traufseiten aus dem Schnittpunkt zwischen aufgehender Außenwand mit der Dachhaut. Bei Flachdächern mit Attika gilt die Oberkante der Attika, bei Flachdächern ohne Attika der Schnittpunkt zwischen Außenkante Außenwand und Oberkante Dachkonstruktion.
2.2.4.4 Die festgesetzte maximale Höhe baulicher Anlagen darf für technische Aufbauten, Aufzüge und Treppenhäuser um bis zu 1,50 m, für Lüftungsanlagen und Schornsteine um bis zu 2,00 m überschritten werden, wenn sie mindestens 3,00 m von der Außenwand zurückstehen. Flächenanteil von mindestens 15,00 % der Dachfläche von Aufbauten vollständig eingehaust sind.

2.3. Bauweise
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 22 BauNVO
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 2 BauNVO und die abweichende Bauweise (a) gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt.

2.3.1 Offene Bauweise
In der offenen Bauweise sind Einzelhäuser (E), Doppelhäuser (ED) und Hausgruppen (H) zulässig.
Die Gebäude der Doppelhäuser und Hausgruppen sind hinsichtlich der Festgesetzten Zahl der Vollgeschosse, Dachform und Dachneigung anzugleichen.

2.3.2 Abweichende Bauweise
In der abweichenden Bauweise (a1) sind Bezug nehmend auf die durch Baugrenzen festgesetzte überbaubare Grundstücksfläche Gebäude mit seitlichem Grenzabstand und Gebäudelängen entsprechend mit einer Länge von mehr als 50,00 m zulässig.
In der abweichenden Bauweise (a2) sind Bezug nehmend auf die durch Baugrenzen festgesetzte überbaubare Grundstücksfläche Gebäude mit seitlichem Grenzabstand und Gebäudelängen entsprechend mit einer Länge von maximal 30,00 m zulässig.

2.4. Überbaubare Grundstücksfläche
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. m. § 23 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 3 Satz 3 BauNVO

2.4.1 Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO festgesetzt.

2.4.2 In den Baufeldern Nr. 1 bis 11, 22, 30 bis 33 und 37 bis 42 sowie 44 bis 46 sind Terrassenüberdachungen, Balkone, Loggien, Wintergärten und Eingangsüberdachungen auch innerhalb der hierfür festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen auch innerhalb der hierfür festgesetzten Baugrenzen zulässig.

2.5. Stellung baulicher Anlagen
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Die Stellung baulicher Anlagen in den Baufeldern Nr. 12 bis 14 und 18 bis 20 wird durch die Festsetzung der Firstrichtung festgesetzt.

2.6. Abstandsflächen
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

2.6.1 In den Baufeldern Nr. 12 und 13 wird für die Abstandsflächen nach BauBO auf 0,5 H reduziert (Abstandsflächen bemisst 1 H, mindestens 3,00 m).

2.6.2 In den übrigen Baufeldern finden die Abstandsflächen der BauBO Anwendung, die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 1 H, mindestens 3,00 m.

2.7. Nebenanlagen
§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 14 Abs. 1 Satz 3 BauNVO

2.7.1 In den Baufeldern Nr. 1 bis 11 sind Nebenanlagen unzulässig.

2.7.2 In den Baufeldern Nr. 11 bis 21 sind in den Vorgärten Nebenanlagen unzulässig. Vorgärten sind die Bereiche zwischen öffentlicher Straße und Gebäude der Hauptnutzung.

2.7.3 In den Baufeldern Nr. 12 bis 20, 23 bis 29 und 34 bis 36 sind außerhalb der durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen in Grundstücke nur ein Gartenhaus mit 9,00 m² Grundfläche zulässig. Die Gesamtgrundfläche der Nebenanlagen darf max. 100 qm, die mittlere Höhe max. 3,00 m betragen.

2.7.4 Technische Anlagen zur Energiegewinnung sowie zur Klimaregulierung (wie z.B. Klimaanlagen, Klimaaggregat) sind in die Gebäude zu integrieren. Ausgenommen davon sind Solaranlagen auf den Dächern.

2.8. Kfz-Stellplätze, Garagen und Carports
§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 6 BauNVO

2.8.1 Die notwendigen Kfz-Stellplätze sind entsprechend der Regelungen unter 2.8.2 und 2.8.3 ausschließlich in den durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen sowie innerhalb der hierfür festgesetzten Umgrenzung von Flächen, entsprechend ihrer Zweckbestimmung für oberirdische Stellplätze (St), Tiefgaragen (TGa) und Carports (CP), zulässig.

2.8.2 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 Abs. 6 BauNVO sind außerhalb der festgesetzten Umgrenzungsfläche ausschließlich Carports (CP) als offene Konstruktion zulässig. Zusätzlich sind Stellplatzanlagen im Vorgarten (Bereich zwischen öffentlicher Straße und Gebäude der Hauptnutzung) an gegenüberliegenden Grundstücksseiten zulässig, wenn diese eine Länge von 2,50 m und 5,00 m in Verbindung mit einer wasserdurchlässigen Befestigung festgesetzt werden.

2.8.3 In den Baufeldern Nr. 15 bis 17, 21 bis 29 und 34 bis 36 ist die Errichtung von oberirdischen Stellplätzen, Garagen und Carports auch außerhalb der durch Baugrenzen festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

2.9. Anzahl von Wohneinheiten in Wohngebäuden
§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB
In den Baufeldern Nr. 12 bis 20, 23 bis 29 und 34 bis 36 sind je Wohngebäude höchstens zwei Wohneinheiten zulässig.

2.10. Geh- und Leitungsrechte
§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB
Die im Bebauungsplan Teil A Nr. 2 Plan zur Sicherung der Ver- und Entsorgungsleitungen festgesetzte Fläche ist mit einem Leitungsrecht zugunsten der Stadtwerke Schweinfurt, den Stadtwerken Schweinfurt und der Telekom belastet.

2.11. Flächen, Vorkehrungen und Maßnahmen zum Schutz vor Lärm
§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

2.11.1 Die Grundrisse von Wohnungen und sonstiger Nutzungen sind so zu gliedern, dass an den in den Lärmkarten B und C dargestellten Lärmpegelbereichen die maßgeblichen Anforderungen der DIN 4109 Schallschutz im Hochbau, Teil 1 – Mindestanforderungen, Stand 2018, Beuth Verlag, Berlin) für Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätten und Büro- und Praxisräume zur Lärmpegelbereichen Gebäudeseite angeordnet werden. Sollte dies nicht möglich sein, sind bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen (gemäß DIN 4109-1 Grundschutz in Hochbau, Teil 1 – Mindestanforderungen, Juli 2018, Beuth Verlag, Berlin) passive Schallschutzmaßnahmen (z.B. Beuth Verlag, Berlin) passive Schallschutzmaßnahmen (z.B. Anordnung von Aufenthaltsräumen, Lärmschutzfenster, Schallschutzwände von Balkonen/Loggien/Laubengängen und Büro- und Praxisräume zur Lärmpegelbereichen Gebäudeseite angeordnet werden. Sollte dies nicht möglich sein, sind bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen (gemäß DIN 4109-1 Grundschutz in Hochbau, Teil 1 – Mindestanforderungen, Juli 2018, Beuth Verlag, Berlin) passive Schallschutzmaßnahmen (z.B. Anordnung von Aufenthaltsräumen, Lärmschutzfenster, Schallschutzwände von Balkonen/Loggien/Laubengängen und Büro- und Praxisräume zur Lärmpegelbereichen Gebäudeseite angeordnet werden. Sollte dies nicht möglich sein, sind bei der Errichtung und Änderung von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen (gemäß DIN 4109-1 Grundschutz in Hochbau, Teil 1 – Mindestanforderungen, Stand 2018, Beuth Verlag, Berlin) passive Schallschutzmaßnahmen (z.B.